>> Unser Widerstand wächst!

Die Bürgerinitiative Leinburg gehört zum Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse mit ca. 70 weiteren Bürgerinitiativen.

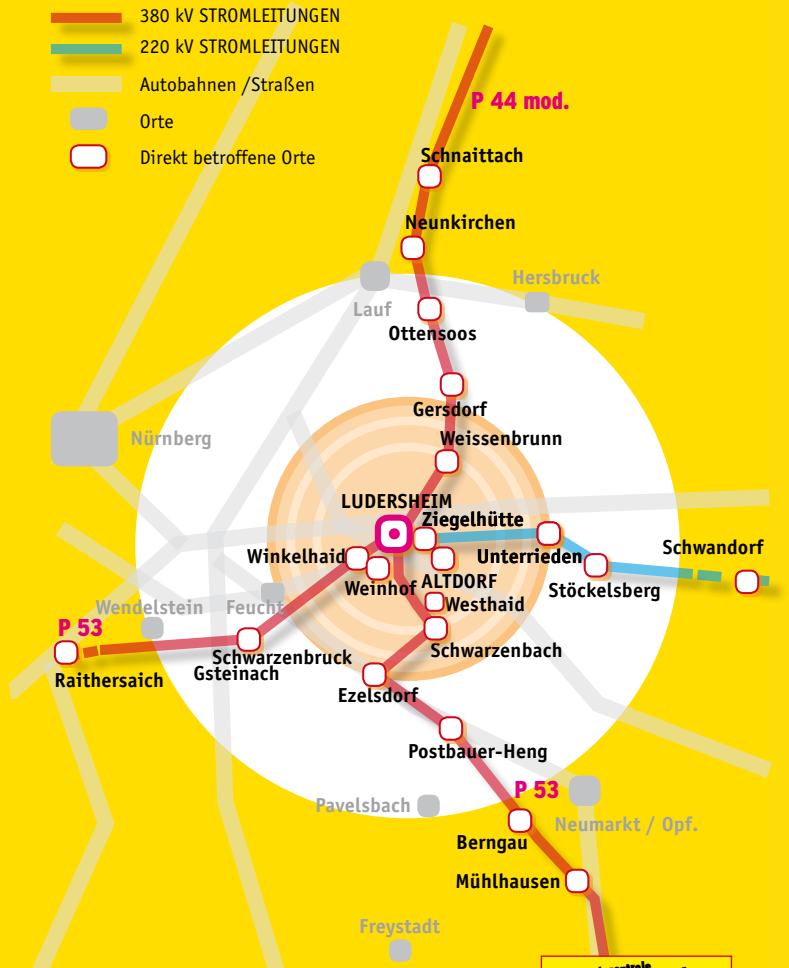
Wir sind verbunden mit dem Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen den SuedLink und dem entsprechenden Bündnis entlang der westlichen Trasse, dem Ultranet.

Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), dem Energieversorger N-ERGIE, einer Gruppe von regionalen Bürgermeister|innen, dem Bündnis für Atomausstieg und erneuerbare Energien (BüfA) Regensburg, der Aarhus Konvention Initiative und einigen mehr.

Jeder, der diese Informationen weitergibt, hilft, diese Trassen zu verhindern und unterstützt die Energiewende.

Leinburger Stromrebellen

Freileitung P44mod – geplante Hochrüstung
auf 380 kV Wechselstrom in unserer Region



www.stromtrasse1601.de
Pressestelle@stromautobahn.de
Facebook: Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse

Bürgerinitiative Leinburg gegen Gleichstromtrassen

V.i.S.d.P.: Olaf Lüttich,
An der Roßeiche 4, 91227 Leinburg

Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten NETZAUSBAU

Aktionsbündnis
gegen die Süd-Ost-Trasse
www.stromautobahn.de

KOHLE

STATT SONNE UND WIND

Keine neuen Höchstspannungstrassen durch Deutschland

weder bei uns, noch woanders

TRASSE

STATT ENERGIEWENDE

weder als Freileitung, noch erdverkabelt

weder Gleichstrom, noch Wechselstrom

LÜGE

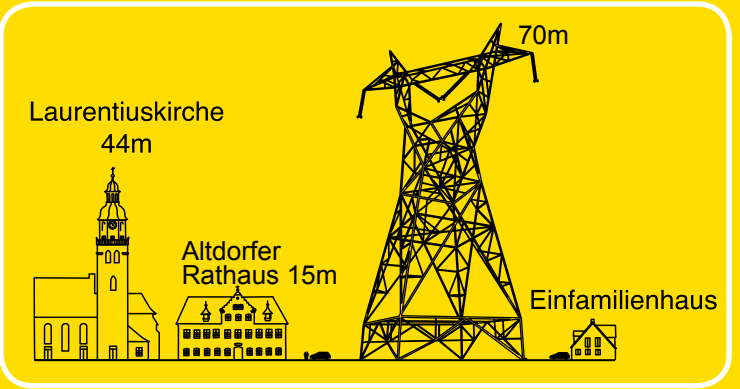
STROMTRASSEN LÜGE

Energiewende ist dezentral!

>> Unsere Gründe:

- Die neue Thüringer Strombrücke und der bayerische Südost-Ring sichern bereits die Energieversorgung in Bayern!
- Die Trassen verhindern die dezentrale Energiewende!
- Diese Vorhaben stoppen technologische Entwicklungen für die Energiewende (Speichertechnik)!
- Nutzt nur dem europäischen Stromhandel. Kohle- und Atomstrom fließt durch diese Leitungen!
- Gesundheitliche Risiken, speziell für Kinder, sind bekannt!
- Es gibt keinen unabhängigen Nachweis für den Bedarf!
- Trassen machen Immobilien der Anwohner wertlos!
- Trassen verhindern regionale Wertschöpfung und machen Konzerne reich!
- Diese Leitungsprojekte greifen massiv in die Flächennutzungspläne der Landkreise und Kommunen ein!
- Tschüss Urlaubsregionen!
- Freileitungen oder auch Erdkabel bedeuten tiefe Eingriffe in die Natur!
- Die Milliardenkosten tragen alle Verbraucher über den Strompreis!
- Die Trassenplanung hat keine rechtliche Grundlage (Aarhus Konvention). Trassen werden staatliche Schwarzbauten!
- Es gibt keine Erfahrung beim Bau von Gleichstrom-Trassen. Es sind Pilotprojekte!

P44mod heißt das Projekt einer Hochrüstung bestehender Leitungen im Nürnberger Land (Schnaittach bis Ludersheim bei Altdorf) auf 380 kV Wechselstrom und 75 m hohe Masten. Die Trasse geht über bewohnte Gebiete ohne gesetzliche Abstandsregelung.



Das Verwirrspiel der Politik zu diesen Plänen ist groß. Wirtschaftsministerin Aigner deklariert die P44mod zur besseren Variante im Vergleich zu der Leitung P44 von Altenfeld nach Grafenrheinfeld. CSU-Vertreter der Region Nürnberger Land dagegen sprechen davon, die Staatsregierung fordere einen Verzicht beider Trassen. Netzbetreiber TenneT dringt jedoch auf den Bau einer der Varianten: „Wir brauchen die Verbindung. Auch die zweitbeste Lösung ist besser als gar keine Lösung."

Dabei soll diese Leitung lediglich den Ausfall der nicht benötigten Gleichstromleitung SuedOstLink absichern.

>> Unsere Forderungen:

Auch nach dem Ausstieg aus der Kernkraft gibt es genügend Energie in Bayern und es wird keinen Blackout für die Industrie geben. Um die Energiewende voran zu bringen muss einiges geändert werden:

- Die aktuelle Übertragungsnetzplanung muss sofort gestoppt werden.
- Eine neue Planung ist in die Hände einer neutral besetzten Kommission zu übergeben.
- Bei dieser Neuplanung wären die Dezentralität der Energiewende und die bekannten Flexibilitätsoptionen zu berücksichtigen.
- Die für den Trassenbau geplanten 36 Milliarden Euro müssen zu einem großen Teil in Projekte zur Energiespeicherung umgeleitet werden.
- Auch der Stromhandel sollte sich an den Netzentgelten beteiligen. Die Ausnahmefälle sind zu reduzieren.
- Das Gleiche gilt für die Ausnahmen bei der Beteiligung an der EEG-Umlage.
- Korrektur des aktuellen Strommarktdesigns. Z. B. müssten Teile der EEGUmlage auf den Kohlestrompreis aufgeschlagen werden, damit die umweltfreundlichen Gaskraftwerke sich wieder rentieren. Die Steuerung mit CO_2-Zertifikaten funktioniert nicht.